

Fragen zur Schulpolitik vor der Kommunalwahl

Sicherer Schulweg

Verkehrsminister Hermann hat angekündigt, gegen „Elterntaxis“ vorzugehen.

In anderen Bundesländern und Kommunen werden schon länger verschiedene (ordnungspolitische) Maßnahmen umgesetzt, um die Sicherheit von Schulkindern zu verbessern - Schülerlotsen, Schulstraßen, temporäre Halteverbotszonen, um einige zu nennen.

Welchen Spielraum sehen Sie in Esslingen für solche ordnungspolitische Maßnahmen und wie wollen Sie zu einer kurzfristigen Umsetzung dieser Maßnahmen beitragen?

Antwort: In erster Linie kommt es auf die Einsicht der Eltern an. Ordnungspolitische Maßnahmen können immer nur flankieren. Hierfür gibt es verschiedene Beispiele, die an den jeweiligen Schulen umgesetzt werden. Verallgemeinerbare Maßnahmen gibt es nicht. Es kommt auf die bauliche Situation der Schule an.

An einigen Schulen in Esslingen gibt es aus Sicht des GEB noch keine sinnvolle und nachhaltige Lösung, einen sicheren Schulweg zu gewährleisten.

Als Beispiel soll hier die Silcherschule angeführt werden, in der für einige SchülerInnen der direkte Weg zum Schulhof (kommend aus der Urbanstraße) durch den Birkenweg führt, eine Sackgasse ohne Wendemöglichkeit, da Anwohner und Kitaleitung in der Straße parken und Autos (u. a. Elterntaxis) rückwärts fahren müssen.

Welche Vorschläge/ Ideen haben Sie, um den Schulweg für diese und andere Kinder sicherer zu machen und wie (schnell) können solche Ideen konkret umgesetzt werden?

Antwort: Verkehrliche Situationen sind vom Ordnungsamt zu bewerten und in Zusammenarbeit mit der Schulleitung und dem Amt für Bildung in geeignete Maßnahmen umzusetzen. Dabei sind die jeweils örtlichen Besonderheiten zu berücksichtigen und auch die Eltern miteinzubeziehen. Besonders wichtig ist jedoch, dass Kinder es lernen sich sicher im öffentlichen Verkehrsraum zu bewegen. Daher ist vor allem eine Schulung und Sensibilisierung der Kinder wichtig.

Grundschulempfehlung/ Schulwahl

Nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung ist seit mehreren Jahren ein Trend erkennbar, dass Eltern sich für eine andere als die empfohlene Schulform entscheiden. Gleichzeitig verlassen vermehrt Kinder nach der 7. & 8. Klasse das Gymnasium - dies stellt sowohl Lehrkräfte, Schüler & Schülerinnen sowie die Elternhäuser vor große Herausforderungen.

Welche Möglichkeiten /Stellschrauben sehen Sie, um diesem Trend auf kommunaler Ebene entgegenzuwirken?

Antwort: Das geht weit über den Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats hinaus und ist Aufgabe der Landespolitik. Wir unterstützen als Kommunalpolitiker jedoch die Idee, die verbindliche Grundschulempfehlung auf Landesebene wieder einzuführen.

Die aktuellen Entwicklungen hin zu mehr Verbindlichkeit begrüßen wir, gehen aber aus unserer Sicht nicht weit genug, da sie beispielsweise nur auf das Gymnasium beschränkt sein sollen. Die FDP-Landtagsfraktion unterstützt und fordert die verbindliche Grundschulempfehlung nach der vierten Klassenstufe, was in verschiedenen Anträgen, Anfragen, Pressemitteilungen und Positionspapieren zum Ausdruck gebracht wurde. Diese Grundschulempfehlung sollte dabei für alle Schulformen verbindlich werden. Denn auch an Realschulen ist ein signifikanter Anteil an Schülern, der abweichend zur eigentlich sinnvollen Empfehlung eingeschult wurde. Das führt auch an Realschulen zu Sitzenbleiberquoten, die um 450% nach oben gegangen sind. Bis zur vollständigen Umsetzung der Verbindlichkeit kann nur durch gute Beratung der Eltern der bestmögliche Weg für die Kinder aufgezeigt werden. Denn um die Kinder bestmöglich zu fördern, braucht es für jedes Kind die richtige Schule. Weitere Infos: Drs. 17/4142 - Antrag zur verbindlichen Grundschulempfehlung und [positionspapier_verbindliche-grundschulempfehlung.pdf \(fdp-landtag-bw.de\)](https://www.fdp-landtag-bw.de/positionspapier-verbindliche-grundschulempfehlung.pdf)

Demokratiebildung an Schulen

Im Bildungsplan des Landes Baden-Württemberg ist die Stärkung der Demokratie fest verankert und eine „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ als Teil der Leitperspektiven fest verankert.

Wie stehen sie als Partei/ Wählervereinigung dazu und was wollen sie konkret zur Unterstützung beitragen?

Haben Sie praktische Ideen, wie Demokratie und Vielfalt für Schüler erlebbar gemacht werden können?

Antwort: Auch hierfür ist die Landespolitik zuständig. Die Stadt Esslingen ist lediglich Schulträger und insofern nur für die Infrastruktur zuständig. Das Land ist jedoch gefragt die

Bildungspläne zu aktualisieren und dabei die politische Bildung zu stärken, um die Mechanismen unserer Demokratie besser zu erklären und für mehr Akzeptanz zu sorgen. Dabei müssen sowohl die Zahl an Politik-Stunden erhöht, als auch die Diskriminierung der Gesellschaftswissenschaften in der Oberstufe abgeschafft werden. Vor Ort wäre eine stärkere Verzahnung von Schulen und Kommunalpolitik wünschenswert, sodass es beispielsweise dazu gehören müsste mindestens einmal eine Jugendgemeinderats- und einmal eine Gemeinderatssitzung zu besuchen.

Maßnahmen gegen Lehrkräftemangel

Bereits seit mehreren Jahren ist bekannt, dass schulartübergreifend Lehrkräfte fehlen.

Die Folgen sind häufiger Unterrichtsausfall insbesondere bei (längerfristigen)

Erkrankungen von Lehrkräften, während der Elternzeit und in Prüfungsphasen - auf

Grund von Mangel an Vertretungskräften.

Welche Ideen haben sie auf kommunaler Ebene hier Einfluss zu nehmen und diesem Mangel für Esslingen entgegenzuwirken?

In einigen Gemeinden gibt es Verwaltungsassistenten an Schulen, die als Schnittstelle zum Schulträger fungieren, sich um die Haushaltsplanung & Statistiken kümmern und durch ihre Arbeit die Schulleitungen und Lehrkräfte entlasten.

Ist das ihrer Meinung nach eine mögliche Maßnahme gegen Lehrkräftemangel auch in Esslingen? Wenn ja, wie würden Sie sich im Gemeinderat dafür einsetzen?

Antwort: Die Hauptverantwortung liegt hier beim Land, wo zum einen endlich mehr Studienplätze für Lehrkräfte geschaffen werden müssen und zum anderen der Beruf attraktiver werden muss. Dazu gehört auch die Schulleitungen zu entlasten. Dies kann durch zusätzliche Leitungszeit für Schulleitungen oder aber auch durch Verwaltungsassistenzen erfolgen, die die Schulleitungen von administrativen Aufgaben entlasten. Hier ist laut Schulgesetz das Land in der Verantwortung. Die Landesregierung bleibt aber mit ihren bisherigen Maßnahmen in diesem Bereich weit hinter dem Bedarf zurück, zumal immer mehr Aufgaben auf die Schulleitungen zukommen, wie beispielsweise die Bewältigung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich. Hier fordern wir mehr Unterstützung vom Land. Die Stadt Esslingen kann aber ihrerseits für Entlastung sorgen, indem bspw. die IT-Infrastruktur der Schulen ausgebaut und Instand gehalten wird, sodass sich Schulleitungen und Lehrkräfte nicht auch noch um die funktionierende digitale Ausstattung kümmern müssen.

Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung für Kinder im

Grundschulalter

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab Klasse 1 im Schuljahr 2025/2026 besagt, dass alle Schülerinnen und Schüler in Deutschland ab der ersten Klasse einen gesetzlichen Anspruch auf ein ganztägiges Betreuungsangebot haben werden. Dies bedeutet, dass die Schulen verpflichtet sind, eine Betreuung über den regulären Unterricht hinaus anzubieten.

Welche Maßnahmen sind ihrer Meinung nach erforderlich, um den Anspruch auf Ganztagsbetreuung ab Klasse 1 im Schuljahr 2025/2026 erfüllen zu können - unter Berücksichtigung begrenzter Ressourcen – z. B. der zu geringen Raumkapazitäten in den Esslinger Schulen und akutem Personalmangel?

Antwort: Die örtlichen Vereine müssen besser eingebunden werden. Hierdurch kann ein abwechslungsreiches und ortsnahe Angebot geschaffen werden und die Vereine werden in ihrer Vereinsarbeit gestärkt. Das ist allerdings nur möglich, wenn sich mehr Menschen ehrenamtlich engagieren.

Sanierung von Schulgebäuden

Die Stadt Esslingen investiert viel Geld in große Projekte (Zollbergrealschule, Grundschule Zell, Neue Schule Esslingen).

Im Gegensatz dazu sind einige Dächer und viele Schultoiletten an den anderen Esslinger Schulen stark sanierungsbedürftig. Dieser Zustand ist nicht länger hinnehmbar. Seit Jahren weisen Schülerinnen und Schüler, Eltern, Schulverwaltungen und Lehrerkollegien darauf hin.

Wie verhindern Sie, dass (kleinere) Sanierungen, z.B. der Sanitärräume vieler Schulen „nicht untergehen“ und immer wieder verschoben werden?

Was ist aus ihrer Sicht nötig, damit diese Sanierungen an den anderen Esslinger Schulen zeitnah umgesetzt werden können?

Antwort: Die FDP wird sich für einen umfassenden „Sanierungsfahrplan Schulen“ einsetzen. Dabei soll zunächst der Bedarf, gerade auch von kleineren Sanierungsbedarfen erhoben werden. Daraus resultierend soll ein Fahrplan zur Sanierung der Schulen erstellt werden, hinterlegt mit einer entsprechenden Finanzierung.

Schulsozialarbeit

Die Schulsozialarbeit, die in Esslingen eine städtische Leistung ist, spielt eine immer wichtigere Rolle im Schulalltag. Viele Angebote zur Sozial- und Interaktionskompetenz der Kinder sowie zur Konfliktkompetenz werden dadurch ermöglicht.

Wie beurteilen Sie den Stellenwert dieser Arbeit und setzen Sie sich für den Erhalt oder sogar Ausbau der Schulsozialarbeit in Esslingen ein?

Antwort: die Schulsozialarbeit ist an allen Schulen etabliert und ein wichtiger Baustein, um das soziale Miteinander an den Schulen zu fördern und Konflikte konstruktiv zu lösen. Dies gilt es zu erhalten bzw. bei Bedarf der Schulen auch auszubauen.

Welche Ideen und Maßnahmen verfolgen Sie darüber hinaus ganz konkret, um das soziale Miteinander an allen Schulformen in Esslingen zu stärken?

Antwort: der Sozialpreis des GEB, der in Zusammenarbeit mit der Stadt Esslingen für herausragende soziale Projekte an Schulen vergeben wurde sollte wieder aufleben.